

nach richten

UNHCR weist Gesuche zurück

Das Feldbüro des UN-Büros für Flüchtlinge (UNHCR) in Mae Sot hat damit aufgehört, Gesuche von burmesischen Asylsuchenden entgegenzunehmen, so ein Statement in burmesischer und der Karen-Sprache, das am UNHCR-Büro ausgehängt wurde. Der UNHCR Regionalrepräsentant Hashim Utan bestätigte das. Er sagte, die Maßnahmen seien temporär und blieben in Kraft, bis die Gespräche zwischen dem UNHCR und der thailändischen Regierung abgeschlossen seien.

Ein Beamter aus dem Mae Sot Büro der UNHCR, der nicht genannt werden wollte, sagte, dass keine neuen Gesuche angenommen würden, bevor man nicht neue Order aus dem Hauptbüro aus Bangkok bekommen habe. Gesuche, die vorher eingegangen seien, würden jedoch bearbeitet.

In der Vergangenheit erlaubten burmesische Oppositionsgruppen in Mae Sot ihren Mitgliedern nicht, um den Flüchtlingsstatus nachzusehen. Aber seit Beginn der Waffenstillstandsgespräche zwischen der »Karen Nationalunion« und der burmesischen Junta erlauben einige Gruppen, sich beim UNHCR um den »Person-of-Concern«-Status zu bewerben.

Dissidenten in Mae Sot sagen, dass sich die thailändische Regierungspolitik ändert und man jetzt ein Dokument bräuchte, um in Thailand zu bleiben. Sie fürchten, ein Waffenstillstandsabkommen könnte zu ihrer Abschiebung führen.

vgl.: Irrawaddy, 6.1.04

KNPP Führer von SPDC angeblich geköpft

Während die burmesische Militärregierung der Karenni National Progressive Party (KNPP) ein Waffenstillstands- und Friedensabkommen anbietet, berichtete ein Führer der KNPP, dass die Gruppe vom State Peace and Development Council (SPDC) angegriffen wurde. Während der Kämpfe wurde ein KNPP-Führer angeblich geköpft. Der Kampf fand in der letzten Dezemberwoche 2003 zwischen Militäreinheiten der 55. Militärdivision der burmesischen Armee und der KNPP westlich der Stadt Maw Chi im Kaya Staat statt. U Lwe Mu, Vorsitzender des Karenni Distrikts (2) geriet dabei in Gefangenschaft und wurde

im Anschluss des Berichtes getötet.

»Das Militär hatte uns ein Waffenstillstandsabkommen angeboten. Aber in der Zwischenzeit erhöht die 55. Militärdivision ihre Attacken auf uns. Wir hatten schwere Kämpfe, bei denen auch einer unserer Kommandanten ums Leben kam. Wie können wir ihnen vertrauen?« so Ri Mon Htoo, der Generalsekretär der KNPP.

Am 26. Dezember schickte die Regierung in Rangun Repräsentanten zu der Karenni-Gruppe, um ihnen einen Waffenstillstand anzubieten und sie zur Teilnahme am Nationalkonvent einzuladen. Die KNPP

besteht darauf, dass sie den Nationalkonvent noch beobachten will. Es wird berichtet, dass Einwohner von Loi Kaw, Pha Song und Maw Chi vom Militär als Träger in die Gefechte mitgenommen wurden. Nicht einmal Frauen und Senioren wurden davon ausgenommen. Es wurde außerdem berichtet, dass einige Menschen in der Nähe von Loi Kaw angeklagt wurden, die Rebellengruppen zu unterstützen. Ihre Häuser wurden daraufhin niedergebrannt.

vgl.: Mizzima, 5.1.04

ASEAN muss sich neu erfinden

Die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) muss sich beim Umgang mit »internen Problemen« neu erfinden und mehr Flexibilität an den Tag legen, wenn sie weiterhin ihre Bedeutung behalten möchte, so ein Top-Diplomat aus der Region. Der frühere indonesische Außenminister Ali Alatas (1988-1999) sagte, Diskussionen innerhalb der ASEAN über die burmesische Militärjunta zeigten, dass die viel kritisierte Politik der Nicht-Einmischung gegenüber Mitgliedsstaaten gelockert werde. Alatas ist der Sondergesandte der indonesischen Präsidentin Megawati Sukarnoputri für Burma und mit der Aufgabe betraut, das Schicksal der Demokratie-Führerin Aung San Suu Kyi zum Guten zu wenden. Er verlangte mehr Aktionen. »Der Respekt der Souveränität der Mitgliedsstaaten wird auch weiterhin ein Grundprinzip für ASEAN bleiben, aber wir realisieren zunehmend, dass wir flexibel sein müssen, dass wir in einigen dieser Fragen nicht doktrinär sein dürfen«, so Alatas bei einem Regionalforum. »Wir erkennen, dass wir uns neu erfinden müssen, um weiterhin eine Bedeutung zu haben und effektiv zu bleiben.«

Alatas erklärte, ASEAN sei in den Medien als rigide in der

Frage der Nicht-Einmischung porträtiert worden. »Aber wir haben gezeigt, dass wir flexibel sind und – da wir weiterhin wachsen – es einen Bedarf nach weiterer Flexibilität gibt.« Alatas zitierte die informelle Annahme des Prinzips der »vergrößerten Interaktion« durch die ASEAN im Jahr 1998, das die Gruppe dazu aufruft, Fragen zu bearbeiten, die ASEAN in einem schlechten Licht dastehen lassen könnten.

»Der Ansatz der »vergrößerten Interaktion« sollte weiterhin beachtet und verfeinert werden«, so Alatas weiter. »Die ASEAN sollte in der Lage sein, einen vereinbarten Mechanismus zu entwickeln, mit Hilfe dessen die Mitgliedsstaaten zusammenarbeiten können, wenn es darum geht, einem Mitgliedsland dabei zu helfen, ein internes Problem mit äußerer Beteiligung anzugehen.«

Eines der Resultate dieses Prinzips sei Burmas Bereitschaft, seine internen Probleme innerhalb der ASEAN und des größeren ASEAN Regional Forums – einer Sicherheits-Gruppierung, die die USA, Russland, China und andere Mächte umfasst – zu diskutieren.

Als Megawatis Sondergesandter traf sich Alatas im Sep-

tember mit Burmas Führer, dem General Than Shwe, um die Freilassung Aung San Suu Kyis zu verhandeln, die seit zehn Monaten unter Hausarrest steht. Obwohl er Suu Kyis Freilassung nicht erreichte, meinte Alatas, es gebe positive Änderungen in der Meinung von Burmas Militärherrschern, deren Unterdrückung von zivilen und politischen Rechten das Land isoliert und die Beziehungen der ASEAN zum Westen belastet hatte.

»Wie man jetzt sehen kann, hat beispielsweise Myanmar einem Treffen mit Thailand zugestimmt«, so Alatas in Anspielung auf ein Treffen von zwölf Nationen im vergangenen Monat. »Sogar Myanmar sieht ein, dass es nicht sagen kann nein, das ist ein internes Problem, ich weigere mich über mein internes Problem zu sprechen.« Aber auf die Frage, ob diese Politik in Suu Kyis Freilassung resultieren wird, meinte Alatas »wir suchen immer noch nach einer Lösung ... Ob wir bald Erfolg haben werden oder ob wir mehr Zeit brauchen, das ist die Frage«.

vgl.: AFX, 7.1.04

Waffenstillstand zwischen KNU und SPDC

Die Karen National Union (KNU) und die Militärregierung haben eine Übereinkunft für einen Waffenstillstand getroffen, jedoch kein offizielles Abkommen unterzeichnet. Eine 21-köpfige KNU-Delegation unter Führung von General Bo Mya war Mitte Januar 2004 von Bangkok nach Rangun zu Gesprächen mit Premierminister General Khin Nyunt und anderen SPDC-Politikern gereist, um dort über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Bereits im November 2003 hatten sich Vertreter der KNU mit dem SPDC auf eine vorläufige Waffenruhe für die Dauer der Verhandlungen geeinigt. Dennoch werden weitere Verhandlungsrunden nötig sein, bevor ein wirkliches Abkommen unterzeichnet werden kann.

Gegenstand der Verhandlungen zwischen KNU und SPDC sind in erster Linie ein Waffenstillstand und die Situation der internen Vertriebenen im Karen-Staat, deren Zahl auf 250.000 geschätzt wird. Au-

Berdem müssen die vom Militär eingerichteten Umsiedlungslager aufgelöst werden. Auch die Repatriierung der Flüchtlinge in Thailand ist Thema der Verhandlungen, wobei Thailand seine Hilfe angeboten hat. Erst wenn diese Fragen geklärt sind, so ein Sprecher der KNU, könne über eine politische Rolle der KNU im Versöhnungsprozess oder eine Teilnahme am Nationalkonvent nachgedacht werden.

Die KNU ist die größte und die älteste der Rebellengruppen in Burma, die seit mehr als fünfzig Jahren für einen unabhängigen Karen-Staat Kawthoolei kämpft. Das Militärregime hat seit 1989 Waffenstillstandsabkommen mit 17 anderen Rebellengruppen geschlossen. Doch sechs Verhandlungsrunden mit der KNU sind bisher gescheitert. Ein Waffenstillstand mit der KNU wäre eine Riesenerfolg für den SPDC, der aufgrund des internationalen Drucks dringend auf gute Nachrichten angewiesen

ist, um seinen Weg zur nationalen Versöhnung weiter zu legitimieren.

Kritiker glauben, der SPDC wolle mit dem Abkommen dazu beitragen, die NLD weiter als politische Partei zu marginalisieren. Alle ethnischen Gruppen sollen am Nationalkonvent teilnehmen, doch die Oppositionspartei sei nicht eingeladen.

Auch Thailand hat begründetes Interesse an einem Waffenstillstand: Schließlich möchte es Straßenverbindungen und Industriezonen in teilweise von der KNU kontrolliertem Gebiet aufbauen.

Nachrichtenberichten zufolge halten Kämpfe zwischen SPDC- und KNU-Truppen in vielen Gebieten des Karen-Staates jedoch unverändert an. vgl.: AFP 22.1.04; Reuters 22.1.04; BBC 22., 23.1.04; Bangkok Post 23.1.04; The Nation 24.1.04

Gasvorkommen

Im Hochseegebiet vor der Küstenlinie Arakans wurde ein natürliches Gasfeld entdeckt. Erste Schätzungen gehen von rund 92 Milliarden Kubikmeter Gasvorkommen aus, was einer Kapazität von rund 14 Millionen Kubikmeter förderbarem Gas pro Tag entspricht. Nach dem Verkauf der Gasvorkommen teilen sich nun koreanische und indische Firmen das Geschäft, darunter der südkoreanische Konzern Daewoo mit 60 Prozent der Anteile. Burma kann allerdings einen proportionalen Anteil des Gewinns beanspruchen und dadurch beachtliche Profite erzielen. Einige Journalisten bezweifeln jedoch, dass die Bevölkerung im Arakan-Staat oder in Burma irgendeinen Nutzen aus diesen Profiten haben wird.

vgl.: Kaladan News 18.1.04, Associated Press 16.1.04, Myanmar Times, 19.-25.1.04, Oil and Gas Journal 16.1.04

Vorsichtiger „Klimawandel“

Die Free Burma Coalition (FBC), eine der führenden Organisationen von Exilburmesen mit Sitz in Washington DC, hatte im September 2003 einen Politikwechsel angekündigt. Während vorher vor allem Aufrufe zum Boykott der burmesischen Regierung im Vordergrund der Aktivitäten standen, solle nun die Frage nach politischen Lösungen für die Probleme des Landes im Mittelpunkt der Arbeit der Koalition stehen. Hintergrund dieser neuen Entwicklung war die von Ministerpräsident General Khin Nyunt Anfang September ins Gespräch gebracht road map, die in sieben Punkten einen Weg hin zu einem demokratisch verfassten Land skizzierte.

Im Dezember begrüßte die Organisation die Initiative der burmesischen Regierung grundsätzlich, wandte sich aber kurz danach gegen eine falsche Interpretation ihrer Erklärung durch die Militärjunta.

Die Haltung der Koalition rief bei anderen im Exil lebenden Gruppen Protest hervor. So wurden die Mitglieder der FBC aus den Komitees der »Fort-Wayne-Konferenz«, eines Treffens zahlreicher Burma bezogener Organisationen, die im Oktober die road map abgelehnt hatten, ausgeschlossen.

Eine ähnliche Spaltung in der Haltung zum Regime in Burma ist auch unter den westlichen Ländern zu beobachten. Auf der auf Einladung Thailands am 15. Dezember 2003 abgehaltenen Konferenz über die Zukunft der Entwicklung in Myanmar nahmen aus der Europäischen Union Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien teil, aber weder Großbritannien noch die USA.

vgl.: BNI Weekly News 15.9.03; BurmaNet News 10.12.03; AFP 15.12.03; Burma Today News 15.12.03; Irrawaddy 10.1.04.

nachrichten

Soldaten meutern

Aufgrund der Polarisierung innerhalb der Armee ermorden immer mehr unzufriedene Soldaten ihre Offiziere. Am 17. Dezember 2003 töteten burmesische Soldaten am Grenzübergang 9 gegenüber von Mae Hong Son im Nordwesten Thailands ihren Kommandanten Wie Kyan, indem sie seinen Posten mit Hilfe von Minen in die Luft jagten. Ein weiterer Offizier und vier Soldaten kamen dabei ebenfalls ums Leben. Die Verschwörer desertierten.

Bei einem ähnlichen Fall am 23. November in der nahe gelegenen Naung Aw Basis erschoss ein Soldat seinen Offizier und desertierte zusammen mit elf anderen Soldaten. Sogar in Armeestützpunkten in Zentral-Burma kam es zu Revolten. Die flüchtenden Soldaten werden entweder erschossen oder schwer bestraft.

vgl.: Democratic Voice of Burma, 7.1.04

Verehrter Mönch gestorben

Thamatha Sayadaw starb am 29. November 2003 auf dem Rückweg von einer Behandlung in Rangun. Er war Abt eines des Thamanya Bergklosters, das 150 Kilometer westlich der Hauptstadt gelegen ist und in dem buddhistische Spiritualität und soziale Aktivitäten für die Landbevölkerung miteinander praktiziert werden. Aung San Suu Kyi gehörte zu den Verehrern des Mönches. Sie besuchte ihn zweimal, jeweils nach ihren Entlassungen aus dem Hausarrest in 1995 und 2003.

vgl.: DVB 2.12.2003